

Wir machen's gerecht!

Eine Bilanz von #r2g*

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

* #r2g, das bedeutet zweimal Rot und einmal Grün und ist die Abkürzung für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit oder Koalition.

Wir machen's gerecht!

Eine Bilanz von #r2g*

Erfurt, im Juni 2017

Liebe Thüringerinnen und Thüringer

Vor zweieinhalb Jahren sorgte die Wahl von Bodo Ramelow zum Ministerpräsident bundesweit für Schlagzeilen. Heute ist es völlig normal, dass DIE LINKE gemeinsam mit SPD und Grünen den Freistaat regiert. Das, was wir damals versprochen haben, setzen wir seitdem Stück für Stück um: »Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch«, so haben wir unser Ziel beschrieben.

In den ersten zweieinhalb Jahren unserer rot-rot-grünen Regierung haben wir bereits eine Reihe von Wahlversprechen eingelöst. Nur einige Beispiele: 100 Millionen Euro werden wir bis Ende 2017 in den Schulbau gesteckt haben, damit unsere Kinder eine bessere Umgebung zum Lernen bekommen. Wir werden mit dem kommenden Doppelhaushalt 500 mehr Lehrerinnen und Lehrer über die Zahl der vereinbarten Neueinstellungen in den Dienst geholt haben, um die jahrelangen Versäumnisse der CDU Stück für Stück zu korrigieren. Das Gesetz für das kostenfreie Kita-Jahr kommt, damit endlich ein Jahr für unsere Kleinsten in den Kitas nichts mehr kostet. Mehr Förderung für sozialen Wohnungsbau, mehr Geld für die Städte und Gemeinden, mehr Jobs im öffentlichen Beschäftigungssektor für Langzeiterwerbslose, die Selbstbedienung aus Fraktionskassen für einzelne Abgeordnete beendet, den

Skandal-Verfassungsschutz an die kurze Leine gelegt, Spitzenreiter bei direkter Demokratie und Wahlrecht ab 16 Jahre in den Kommunen ... die Liste der erfüllten Versprechen ist lang.

Am 14. September 2014 haben die Wähler*innen DIE LINKE mit 28,2 Prozent der Stimmen als zweitstärkste Kraft in den Landtag geschickt. Mit 28 Abgeordneten streiten wir seitdem für die Interessen der Menschen in Thüringen. DIE LINKE ist die starke Stimme für soziale Gerechtigkeit, für gute Arbeit und gute Bildung – und zwar für alle Menschen! Wir stehen für einen Ausgleich von Sozialem und Ökologie, für eine humane Flüchtlingspolitik und gegen Neonazismus sowie für eine friedliche Politik – wichtiger denn je, wo Kriege wieder näher rücken. Und auch 27 Jahre nach der Vereinigung brauchen wir hier im Osten weiterhin eine starke Stimme,

Susanne Hennig-Wellso
ist Vorsitzende der
Linksfraktion im Thüringer
Landtag und Landes-
vorsitzende der Partei
DIE LINKE Thüringen.



die bundesweit Gehör findet. Mit Bodo Ramelow haben wir einen Ministerpräsidenten, der glaubwürdig für unsere Interessen und gegen Benachteiligungen der Ostdeutschen streitet.

Manchmal dauern auch mir Entscheidungen zu lange. Manchmal müssen wir Kompromisse eingehen, wo wir uns als LINKE mehr Klarheit wünschen. Und sicher ist auch: Ausruhen gilt nicht, vor uns liegt viel Arbeit. Aber wir merken jeden Tag: Es ist nicht egal, wer regiert. Es macht einen Unterschied, dass der CDU-Filz endlich abgewählt wurde und nun ein anderer Wind weht. Egal, ob in der Opposition, vor Ort in den Städten und Dörfern, an der Seite von Verbänden, gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften auf der Straße oder in der Landesregierung – unser Versprechen gilt: Wir machen's gerecht!

Ihre

A handwritten signature in blue ink that reads "Susanne Hennig-Wellso". The signature is written in a cursive, flowing style.

Susanne Hennig-Wellso
Fraktionsvorsitzende

KONTAKT

Telefon: (03 61) 377-2323

Fax: (03 61) 377-2416

E-Mail: hennig@die-linke-thl.de

www.susannehennig.de

Abgeordnete, Ausschüsse, Fraktion & Funktionen

Seit der letzten Landtagswahl am 14. September 2014 sitzen insgesamt 91 Abgeordnete im Thüringer Landtag. 28,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler machten ihr Kreuz bei der Partei DIE LINKE, die nun mit 28 Abgeordneten im Landtag vertreten ist – erneut als zweitstärkste Kraft.

Der Landtag kommt in der Regel einmal im Monat für drei Tage zu seiner Plenarsitzung zusammen. Zu Beginn der Wahlperiode wählt das Parlament seinen Vorstand und den Ministerpräsidenten. Es bestimmt zum Beispiel auch die Thüringer Verfassungsrichter oder das Präsidium des Landesrechnungshofes. Im Plenum des Landtages werden aber vor allem Anträge der Fraktionen debattiert und entschieden, Gesetze beschlossen, Anfragen an die Landesregierung gestellt und beantwortet und es wird über den Landshaushalt entschieden. Zwischen den Plenarsitzungen tagen die Ausschüsse des Parlaments sowie die thematischen Arbeitskreise der einzelnen Fraktionen und die Arbeitskreise der rot-rot-grünen Koalition.

Fraktionssitzung

In der Regel drei Mal im Monat treffen sich jeden Mittwoch ab 9 Uhr alle Abgeordneten der LINKEN zu ihrer Fraktionssitzung im

Käte-Duncker-Saal im Thüringer Landtag. Die Fraktionssitzung ist das höchste Entscheidungsgremium der Fraktion. Hier wird über Aktuelles informiert, der Fraktions- und der Landesvorstand unserer Partei, die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung sowie die Arbeitskreise der Fraktion berichten über ihre Arbeit. Gemeinsame Veranstaltungen und politische Aktionen werden hier diskutiert, entschieden und geplant.

Vor allem wird aber in dieser Runde über die parlamentarischen Initiativen – also über Gesetze und Anträge sowie über Personalentscheidungen, die das Parlament treffen muss – beraten und abgestimmt. In der Fraktionssitzung legt die Fraktion ihren politischen Kurs und ihre konkrete Arbeit fest. Die Sitzungen werden vom Vorstand der Fraktion vorbereitet und geleitet. DIE LINKE ist übrigens, wie zuvor schon die PDS, die einzige Fraktion im Thüringer Landtag, die mit nur sehr wenigen

28 linke Abgeordnete im Thüringer Landtag, 28 starke Stimmen für eine soziale, ökologische und demokratische Politik



Ausnahmen immer öffentlich tagt. Das heißt: Interessierte können als Zuhörer:innen und Zuhörer an den Fraktionssitzungen teilnehmen.

Fraktionsvorstand

Von der Fraktion zu Beginn der Wahlperiode gewählt, leitet und koordiniert der Vorstand die Arbeit der Fraktion. Er besteht derzeit aus der Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow, den zwei stellvertretenden Vorsitzenden Katja Mitteldorf und Mike Huster, dem Parlamentarischen Geschäftsführer André Blechschmidt und der Vizepräsidentin des Landtages Margit Jung. Der Vorstand repräsentiert die Fraktion nach außen und bereitet die Fraktions-

sitzungen und die politische Arbeit vor. Zwischen den Fraktionssitzungen und zu bestimmten Fragen kann der Vorstand allein Entscheidungen treffen.

Arbeitskreise

Parallel zum thematischen Zuschnitt der Ministerien des Freistaates Thüringen und zu den Ausschüssen des Landtages bilden die Fraktionen Arbeitskreise, in denen die jeweiligen Fachpolitiker:innen und Fachpolitiker regelmäßig beraten und gemeinsam an Gesetzen oder Anfragen an die Regierung arbeiten, Diskussionen mit Fachleuten oder öffentliche Veranstaltungen und Publikationen vorbereiten. Die Arbeitskreise haben eine(n) Arbeitskreis-

leiter(-in), der oder die sich in der Regel einmal im Monat mit den Leiterinnen und Leitern der anderen Arbeitskreise der Fraktion zur Koordinierung der Arbeit trifft. Neben den fraktionsinternen Arbeitskreisen gibt es auch die gemeinsamen Koalitionsarbeitskreise. Dort kommen die Fachleute aller drei Regierungsfractionen zusammen, um das gemeinsame Vorgehen der rot-rot-grünen Mehrheit im Landtag auf den unterschiedlichen Themenfeldern zu besprechen und die Verabredungen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Arbeitskreisleiter*innen unserer Fraktion sind: Mike Huster (Haushalt und Finanzen), Steffen Dittes (Innenpolitik), Knut Korschewsky (Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft), Dr. Gudrun Lukin (Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten), Diana Skibbe (Migration, Justiz und Verbraucherschutz), Steffen Harzer (Umwelt, Energie und Naturschutz), Torsten Wolf (Bildung, Jugend und Sport), Karola Stange (Soziales und Gleichstellung), Katja Mitteldorf (Europa, Kultur und Medien) und Anja Müller (Petitionen).

Ausschüsse

Zu bestimmten Aufgabenbereichen richtet der Landtag thematische Ausschüsse ein, die über die gesamte Legislaturperiode ständig arbeiten. Die Fraktionen entsenden aus dem Kreis ihrer Abgeordneten Mitglieder und Stellvertreter*innen in die Ausschüsse. Die Anzahl der Mitglieder pro Fraktion richtet sich nach ihrer Stärke

im Parlament. Der Landtag, der Landtagspräsident, der Ältestenrat oder auch andere Ausschüsse können diesen Gremien Themen und Aufgaben zuweisen, die dort bearbeitet, diskutiert und als Empfehlung an den Landtag vorentschieden werden können. Die Ausschüsse können im Rahmen der sogenannten Selbstbefassung aber auch selber Themen bearbeiten, die in ihren Fachbereich fallen. Mitglieder der Landesregierung können von den Ausschüssen jederzeit hinzugerufen werden, um Fragen des Ausschusses zu beantworten. Derzeit hat der Landtag elf Fachausschüsse, die in der Mehrzahl passend zum thematischen Zuschnitt der Ministerien gebildet werden: Haushalt und Finanzen; Innen- und Kommunalpolitik; Wirtschaft und Wissenschaft; Infrastruktur; Landwirtschaft und Forsten; Bildung, Jugend und Sport; Soziales, Arbeit und Gesundheit; Migration, Justiz und Verbraucherschutz; Europa, Kultur und Medien; Umwelt, Energie und Naturschutz; Petitionen und Gleichstellung.

DIE LINKE stellt derzeit in vier Ausschüssen die Vorsitzenden: Steffen Dittes ist Vorsitzender des Innen- und Kommunal Ausschusses, Tilo Kummer des Umweltausschusses, Jörg Kubitzki des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien und Karola Stange des Gleichstellungsausschusses. Stellvertretende Ausschussvorsitzende sind derzeit für DIE LINKE Dieter Hausold (Wirtschaft und Wissenschaft) und Knut Korschewsky (Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport).

Vorstand des Landtages

Der Präsident des Landtages und zwei Stellvertreter*innen, die jeweils in der ersten Sitzung des neu gewählten Landtages durch die Abgeordneten gewählt werden, leiten das Parlament, führen dessen Geschäfte und vertreten den Landtag nach außen. Präsident des Thüringer Landtages ist derzeit Christian Carius (CDU), seine Stellvertreter*innen sind Margit Jung (DIE LINKE) und Uwe Höhn (SPD). Sie bilden den Vorstand des Landtages, sie leiten die Plenarsitzungen.

Ältestenrat

Der Ältestenrat des Landtages unterstützt den Präsidenten des Parlaments. Er erstellt die vorläufige Tagesordnung für die kommenden Sitzungen und hilft bei der Verständigung der Fraktionen untereinander über den Arbeitsplan des Landtags sowie über die Besetzung der Ausschussvorsitzenden.

Für DIE LINKE sind Susanne Hennig-Wellsow, André Blechschmidt, Dr. Gudrun Lukin und Margit Jung Mitglieder dieses Gremiums.

Weitere Funktionen

Mitglied in der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Kontrolle des Thüringer Amtes für Verfassungsschutz und Vorsitzender der Kommission ist für DIE LINKE Dieter Hausold. Er ist auch Mitglied der

sogenannten G10-Kommission, die überprüft, ob die Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses von Bürgerinnen und Bürgern, das heißt zum Beispiel das Abhören von Telefonen, rechtmäßig ist oder gestoppt werden muss. Stellvertretender Vorsitzender des Wahlaufprüfungsausschusses ist Steffen Harzer, Vorsitzende der Strafvollzugskommission ist Anja Müller.

KONTAKT

Thüringer Landtag, Fraktion DIE LINKE
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: (03 61) 3 77-22 95, Fax: (03 61) 3 77-24 16
E-Mail: fraktion@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de

Unsere Abgeordneten

Fraktionsvorstand

Susanne Hennig-Wellsov

FRAKTIONSVORSITZENDE

Telefon: (03 61) 3 77-23 23

E-Mail: hennig@die-linke-thl.de

www.susannehennig.de

www.redroxx.de

André Blechschmidt

PARLAMENTARISCHER

GESCHÄFTSFÜHRER

Medienpolitischer Sprecher

Telefon: (03 61) 3 77-22 59

E-Mail: blechschmidt@die-linke-thl.de

www.blechschmidt-andre.de

Mike Huster

STELLVERTRETENDER

FRAKTIONSVORSITZENDER

*Haushalts- und Finanzpolitischer
Sprecher*

Telefon: (03 61) 3 77-23 24

E-Mail: huster@die-linke-thl.de

www.mike-huster.de

Margit Jung

VIZEPRÄSIDENTIN DES LANDTAGES

Familienpolitische Sprecherin

Telefon: (03 61) 3 77-26 29

E-Mail: jung@die-linke-thl.de

www.margit-jung.de

Katja Mitteldorf

STELLVERTRETENDE

FRAKTIONSVORSITZENDE

*Sprecherin für Kulturpolitik
und Religionsfragen*

Telefon: (03 61) 3 77-26 17

E-Mail: mitteldorf@die-linke-thl.de

www.katja-mitteldorf.de

Abgeordnete

Sabine Berninger

*Sprecherin für Flüchtlings-
und Integrationspolitik*

Telefon: (03 61) 3 77-23 02

E-Mail: berninger@die-linke-thl.de

www.sabineberninger.de

Steffen Dittes

Innenpolitischer Sprecher

Telefon: (03 61) 3 77-26 08

E-Mail: dittes@die-linke-thl.de

www.steffen-dittes.de

Kati Engel

*Sprecherin für Kinder, Jugend
und Ausbildung*

Telefon: (03 61) 3 77-23 12

E-Mail: engel@die-linke-thl.de

www.kati-engel.de

Ronald Hande

*Sprecher für Landesentwicklung
und Landesplanung*

Telefon: (03 61) 3 77-26 38

E-Mail: hande@die-linke-thl.de

www.ronald-hande.de

Steffen Harzer

*Sprecher für Energiepolitik
und Klimaschutz*

Telefon: (03 61) 3 77-23 15

E-Mail: harzer@die-linke-thl.de

www.steffen-harzer.de

Dieter Hausold

Wirtschaftspolitischer Sprecher

Telefon: (03 61) 3 77-26 10

E-Mail: hausold@die-linke-thl.de

www.dieter-hausold.de

Ralf Kalich

Sprecher für Kommunalfinanzen

Telefon: (03 61) 3 77-23 88

E-Mail: kalich@die-linke-thl.de

www.ralf-kalich.de

Katharina König-Preuss

*Sprecherin für Antifaschismus,
Netzpolitik und Datenschutz*

Telefon: (03 61) 3 77-23 80

E-Mail: katharina@haskala.de

www.haskala.de

Knut Korschewsky

Sport- und Tourismuspolitischer Sprecher

Telefon: (03 61) 3 77-23 82

E-Mail: korschewsky@die-linke-thl.de

www.korschewsky.de

Rainer Kräuter

Gewerkschaftspolitischer Sprecher

Telefon: (03 61) 3 77-23 73

E-Mail: kraeuter@die-linke-thl.de

www.rainer-kraeuter.de

Jörg Kubitzki

*Gesundheits- und Europapolitischer
Sprecher*

Telefon: (03 61) 3 77-26 23

E-Mail: kubitzki@die-linke-thl.de

www.mdlkubitzki.de

Tilo Kummer

Sprecher für Umwelt und Forsten

Telefon: (03 61) 3 77-23 17

E-Mail: kummer@die-linke-thl.de

www.tilo-kummer.de

Frank Kuschel

Kommunalpolitischer Sprecher

Telefon: (03 61) 3 77-26 19

E-Mail: kuschel@die-linke-thl.de

www.frank-kuschel.de

Ina Leukefeld

Sprecherin für Arbeitspolitik

Telefon: (03 61) 3 77-26 31

E-Mail: leukefeld@die-linke-thl.de

www.inaleukefeld.de

Ute Lukasch

Wohnungspolitische Sprecherin

Telefon: (03 61) 3 77-23 13

E-Mail: lukasch@die-linke-thl.de

www.utelukasch.de

Dr. Gudrun Lukin

Sprecherin für Verkehr und Infrastruktur

Telefon: (03 61) 3 77-23 87

E-Mail: lukin@die-linke-thl.de

www.gudrun-lukin.de

Dr. Iris Martin-Gehl

Sprecherin für Justizpolitik

Telefon: (03 61) 3 77-26 34

E-Mail: martin-gehl@die-linke-thl.de

www.iris-martin-gehl.de

Anja Müller

Sprecherin für Petitionen

und Bürgerbeteiligung

Telefon: (03 61) 3 77-23 11

E-Mail: mueller@die-linke-thl.de

www.linksmueller.de

Christian Schaft

Wissenschafts- und

Hochschulpolitischer Sprecher

Telefon: (03 61) 3 77-23 85

E-Mail: schaft@die-linke-thl.de

www.christian-schaft.de

www.redroxx.de

Dr. Johanna Scheringer-Wright

Sprecherin für Agrarpolitik

und regionale Entwicklung

Telefon: (03 61) 3 77-23 06

E-Mail: scheringer-wright@die-linke-thl.de

www.johanna-scheringer.de

Diana Skibbe

Sprecherin für Verbraucherschutz

Telefon: (03 61) 3 77-26 06

E-Mail: skibbe@die-linke-thl.de

www.dianaskibbe.de

Karola Stange

Sprecherin für Soziales, Gleichstellung

und Behindertenpolitik

Telefon: (03 61) 3 77-23 07

E-Mail: stange@die-linke-thl.de

www.karola-stange.de

Torsten Wolf

Bildungspolitischer Sprecher

Telefon: (03 61) 3 77-23 14

E-Mail: wolf@die-linke-thl.de

www.torsten-wolf.net



*Susanne
Hennig-Wellsow*



*André
Blechschmidt*



Mike Huster



Margit Jung



Katja Mitteldorf



*Sabine
Berninger*



Steffen Dittes



Kati Engel



Ronald Hande



Steffen Harzer



Dieter Hausold



Ralf Kalich



*Katharina
König-Preuss*



*Knut
Korschewsky*



Rainer Kräuter



Jörg Kubitzki



Tilo Kummer



Frank Kuschel



Ina Leukefeld



Ute Lukasch



*Dr. Gudrun
Lukin*



*Dr. Iris Martin-
Gehl*



Anja Müller



*Christian
Schaft*



*Dr. Johanna
Scheringer-Wright*



Diana Skibbe



Karola Stange



Torsten Wolf

Wir spenden die Diäten-Erhöhung!

Die automatische Erhöhung der Diäten für die Landtagsabgeordneten, die in Artikel 54 der Thüringer Verfassung geregelt ist, halten wir für falsch, weil sie eine Form von Selbstbedienungsmentalität darstellt.

Der automatischen Erhöhung der Diäten fehlt die notwendige Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und sie führt zu Politikverdrossenheit. Außerdem wird bei der Erhöhung von einer Datenbasis ausgegangen, die nicht den realen Einkommens- und Vermögensverhältnissen in Thüringen entspricht.

Seit Inkrafttreten der Verfassung kämpft DIE LINKE gegen die automatische Erhöhung der Diäten für Abgeordnete. Eine Verfassungsklage war leider nicht erfolgreich, unsere Anträge zur Abschaffung oder zumindest Aussetzung der Erhöhungen fanden bei den anderen Parteien im Landtag nicht die notwendige Mehrheit. Vor allem die CDU machte sich für die automatischen Erhöhungen der Diäten stark.

Deshalb gründeten 1995 Abgeordnete der PDS (heute DIE LINKE) den Verein Alternative 54 Erfurt e.V., der die automatischen Erhöhungen der Abgeordneten-Diäten an soziale, kulturelle und ehrenamtliche Vereine sowie Jugendprojekte weitergibt. Seit der Gründung hat der Verein bis

heute etwa 3.200 Zuwendungen getätigt. Gut 1,2 Millionen Euro wurden so von den Abgeordneten aus den Diätenerhöhungen für gemeinnützige Zwecke gespendet.

Vorstand des Alternative 54 e.V.:

- Diana Skibbe (Vorsitzende)
- Dr. Gudrun Lukin
- Tilo Kummer
- Maria Funke (Schatzmeisterin)

**Mehr als 1,2 Mio. Euro
für den guten Zweck.**

KONTAKT

Alternative 54 Erfurt e.V., Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt, Telefon: (03 61) 3 77-23 11 oder
3 77-26 11, E-Mail: alternatives54ev@gmx.de
www.die-linke-thl.de/politik/alternative_54

ARBEITSKREIS

Haushalts- und Finanzpolitik

Gute Haushalts- und Finanzpolitik besteht aus einem Dreiklang aus Investitionen, der Bildung von Rücklagen zur Risikovorsorge und der Tilgung alter Schulden.

Wir schauen nicht zu, wenn sich Langzeiterwerbslosigkeit verfestigt, wenn die Gemeinden finanziell ausbluten, wenn die Chancen der Energiewende vorbeiziehen oder wenn Bildungsgerechtigkeit in weite Ferne rückt. Daher investiert die rot-rot-grüne Landesregierung Geld in zukunftsfeste Strukturen, gute Bildung, in gute Arbeit, in ökologische Zukunftsprojekte, in die

Stärkung der Demokratie oder in sozialen Wohnungsbau.

Rot-Rot-Grün kann »Haushalt«: Die Haushalte der Jahre 2014, 2015 und 2016 schlossen mit deutlichen Überschüssen ab. Der Großteil der Mittel wird reinvestiert und kommt damit direkt den Menschen und der Gesellschaft zugute. Im Doppelhaushalt 2016/17 haben wir deutlich gestaltende



Finanzpolitiker Mike Huster erklärt im Landtag die Haushaltspolitik der Linksfraktion.

Elemente in den Haushalt eingebaut: Investitionen in Schulen und Sporthallen, weitere Neueinstellungen von Lehrer*innen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Erhöhung der Ausgaben für Theater und Orchester, die Vorfinanzierung der Planung der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung, besserer Brand- und Katastrophenschutz oder mehr Geld für Hochschulen, Forschung und Technologie sind nur einige der Punkte. Für den kommenden Haushalt ist die Einführung eines kostenfreien Kitajahres ebenso gesichert wie ein Investitionsprogramm im Bereich Kultur. Die Jugendpauschale wurde und wird weiter erhöht.

Auf der einen Seite hat die erfreuliche konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre zu stetig steigenden Steuereinnahmen und einer Stabilisierung der öffentlichen Haushalte geführt. Auf der anderen Seite stehen sowohl die Einnahmen Thüringens als auch die Ausgaben unter wachsendem Druck. So werden beispielsweise die Mittel aus dem Solidarpakt abschmelzen und 2019 durch einen völlig neuen Länderfinanzausgleich ersetzt. Wir werden mit einem Rückgang der EU-Mittel, mit demografiebedingten Einnahmeverlusten und mit einem deutlichen Anstieg der Pensionsverpflichtungen konfrontiert sein. Zugleich muss Thüringen weiter immense Finanz-Altlasten – verursacht von früheren CDU-Regierungen – abzahlen. Die Sonderschuldenfonds (»Sondervermögen«) der Vorgängerregierungen bergen hohe finanzielle Risiken, und auch der von der CDU in knapp

25 Jahren Finanzverantwortung angehäuften Schuldenberg von knapp 16 Milliarden Euro ist eine Hypothek für die Zukunft.

Die Konsolidierung des Haushaltes und die finanzielle Vorsorge für die Zukunft sind wichtige Bausteine unserer Haushalts- und Finanzpolitik. Die im Grundgesetz, in der Landesverfassung sowie in der Thüringer Landeshaushaltsordnung verankerten Regelungen für eine nachhaltige Finanzpolitik sind die Grundlagen der Landeshaushalte. DIE LINKE sieht den volkswirtschaftlichen Wert der Schuldenbremse kritisch, dennoch gilt sie im Grundgesetz und ab 2020 auch in den Bundesländern. Sie ist also eine Tatsache. Als Koalition aus drei Parteien mit unterschiedlichen Auffassungen zu diesem Thema haben wir uns darauf verständigt, keine neuen Schulden in dieser Legislatur aufzunehmen und die Schuldentilgung fortzusetzen, um für die Zukunft finanzielle Spielräume zu bewahren und neu zu gewinnen. Wir sehen durch eine solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre sehr gute Chancen für einen gestaltenden Haushalt 2018/19, der die Bereiche Bildung, Soziales, Kultur und Investitionen in den Kommunen weiter stärkt.

Mitglieder im Arbeitskreis:

- Mike Huster (Arbeitskreisleiter)
- Ralf Kalich
- Frank Kuschel
- Dr. Gudrun Lukin
- Torsten Wolf

ARBEITSKREIS

Innenpolitik, Kommunales

Mehr Geld für die Städte und Gemeinden, mehr Demokratie in den Kommunen und für Jugendliche, Konsequenzen aus dem NSU-Skandal: In der Innenpolitik hat Rot-Rot-Grün einen Kurswechsel eingeleitet.

Unser Leben wird durch die Handlungsfähigkeit der Kommunen mitbestimmt. Das Angebot an Kultur, Jugendarbeit, sozialer Unterstützung, gutem Wohnen, Schwimmbädern, bezahlbarer Energie oder öffentlichen Verkehrsmitteln entscheidet mit über unsere Lebensqualität. Damit die Kommunen ihre Aufgaben besser erledigen können, hat Rot-Rot-Grün 2016 über 370 Millionen Euro mehr an die Städte, Kreise und Gemeinden gegeben als die CDU-geführte Vorgänger-Regierung 2014. Um die Situation langfristig zu verbessern und eine bedarfsgerechte Finanzierung zu erreichen, haben wir die Neuordnung der kommunalen Finanzierung durch das Land auf den Weg gebracht. Für 2018 und 2019 wird die Landesregierung weitere 100 Millionen Euro für Investitionen in Bildung, Kultur, Digitalisierung, Umwelt und Soziales zur Verfügung stellen.

Thüringen braucht eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung ohne lange Wege. Wir haben den jahrelangen Reformstau der CDU beendet und die notwendige Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform auf den Weg gebracht, damit Thü-

ringer Kommunen auch in Zukunft noch ihre Aufgaben erfüllen können. Wichtig ist uns, in zahlreichen Veranstaltungen mit Bürger*innen über das Projekt zu diskutieren und Kritik aufzunehmen.

Wir wollen eine bürgernahe und bürgerfreundliche Polizei. Rot-Rot-Grün hat daher den unter der CDU begonnenen Stellenabbau-Pfad gestoppt und für mehr Einstellungen von Polizeianwärter*innen sowie bessere Ausbildung und verbesserte Schutzausrüstung für die Beamt*innen gesorgt. Nach dem jahrelangen Sparkurs sind das wichtige Schritte, denen weitere folgen müssen. Noch in diesem Jahr wird die Polizeivertrauensstelle ihre Arbeit aufnehmen, an die sich Bürger*innen und Polizeibeamt*innen vertrauensvoll mit Beschwerden oder Anregungen wenden können. Um mehr Transparenz bei Großeinsätzen zu gewährleisten, sind seit Mai 2017 eingesetzte Beamt*innen mit Zahlen gekennzeichnet. Zur kritischen Auswertung der bisherigen Polizei-Strukturreform haben wir eine Expertenkommission eingesetzt, deren Ergebnisse in die weitere nötige Modernisierung der Thüringer

Innenpolitischer Sprecher Steffen Dittes kritisierte offenbar illegales Mithören bei Polizei-Telefonaten.



Polizei einfließen. DIE LINKE setzt darauf, das Notwendige für die öffentliche Sicherheit zu tun, ohne Grund- und Bürgerrechte aus den Augen zu verlieren.

Gute Arbeitsbedingungen sind wichtige Voraussetzungen für einen bürgernahen und guten öffentlichen Dienst. Dabei ist uns ein enger Draht zu den Gewerkschaften und Vertretungen der Beamt*innen und Beschäftigten wichtig. Wir unterstützen sie, mehr Mitbestimmung zu erkämpfen. Mehr Demokratie ist uns ein wichtiges Ziel. So haben wir auf kommunaler Ebene das Wahlalter ab 16 Jahren eingeführt und die Möglichkeiten direkt demokratischer Mitbestimmung erheblich ausgebaut.

Wir haben das fatale Thüringer Spitzel-System des Verfassungsschutzes beendet, das die Neonazi-Szene stützte und nicht bekämpfte. DIE LINKE lehnt den Geheimdienst ab und wird – solange eine Auflösung nicht möglich ist – die strikte Umsetzung der vereinbarten Reformschritte einfordern. Als Konsequenzen aus dem NSU-Skandal hat Rot-Rot-Grün mit den Stimmen der CDU eine Enquete-Kommission zur Auseinandersetzung mit Rassismus in der Gesellschaft und einen neuen NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt. Das von Rot-Rot-Grün geförderte Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft nimmt wissenschaftlich und transparent die extreme Rechte unter die Lupe. Um der Opfer des deutschen Faschismus zu gedenken, haben wir den »Tag der Befreiung« (8. Mai) zum Gedenktag gemacht.

Mitglieder im Arbeitskreis:

- Steffen Dittes (Arbeitskreisleiter)
- Sabine Berninger
- Ralf Kalich
- Katharina König-Preuss
- Rainer Kräuter
- Frank Kuschel

ARBEITSKREIS

Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Mehr Transparenz und direkte Demokratie, besserer Schutz der Verbraucher*innen, humanitäre Flüchtlingspolitik und ein Ende der Selbstbedienung im Landtag. In den ersten zweieinhalb Jahren von Rot-Rot-Grün haben wir viele Versprechen eingelöst.

Eine der ersten Maßnahmen der neuen rot-rot-grünen Mehrheit war der Beschluss, die Möglichkeit zur Selbstbedienung an den Kassen der Landtagsfraktionen zu beenden. Vor allem die CDU hatte zuvor jahrelang die Gelder für Zulagen an Abgeordnete missbraucht. Dem haben wir einen Riegel vorgeschoben. Unser neues Richter- und Staatsanwältengesetz wird die Selbstverwaltung der Justiz stärken und die Fortbildung von Richter*innen und Staatsanwält*innen fördern. Um eine moderne Kommunikations- und Bearbeitungsstruktur an den Gerichten und Justizbehörden zu schaffen und für Bürger*innen die digitalen Wege zu erleichtern, baut die rot-rot-grüne Landesregierung den elektronischen Rechtsverkehr aus. Auch den Strafvollzug reformieren wir, unter anderem durch bessere Beratung zur Resozialisierung Strafgefangener. Mit einem Lobby-Register wollen wir als LINKE mehr Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen im Parlament erreichen.

Die rot-rot-grüne Koalition setzt auf eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik. Als ab Herbst 2015 viele Geflüchtete nach Deutschland kamen, stand notwendigerweise die Erstaufnahme und Unterbringung der Menschen im Mittelpunkt. Trotz der ungewöhnlichen Umstände hatte Thüringen die Situation im Griff: Hier gab es keine überfüllten Zeltstädte und keine chaotischen Situationen wie in anderen Bundesländern. Mit dem Thüringer Flüchtlingsgipfel startete unsere Regierung den Dialog zwischen Verwaltung, Flüchtlings- und Wohlfahrtsorganisationen sowie engagierten Gruppen über eine Modernisierung der Flüchtlingspolitik. Gegen die Hetze von rechts außen setzten Politik, Gewerkschaften, Kirchen, Wirtschaft und Flüchtlingshelfer*innen gemeinsam Signale – Helfen stand im Mittelpunkt; und zunehmend das Ankommen in den Kommunen und Maßnahmen zur Integration: die Einführung einer Investitionskostenpauschale für die Wohnungsunterbringung

zur Ermöglichung selbstbestimmten Wohnens, die Erhöhung der Sozialbetreuungs-pauschale, die Sicherung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu medizinischer Versorgung für Geflüchtete mit Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende und die Förderung einer medizinischen Versorgungs- und Vermittlungsstelle für Menschen ohne Papiere. Rot-Rot-Grün unterstützt die Helfenden: Seit April 2016 stehen unter dem Dach der Integrationsbeauftragten drei Ehrenamts-koordinatorinnen als Ansprechpartnerinnen für ehrenamtliche Unterstützer*innen und Initiativen zur Verfügung

Verbraucherpolitik ist eine wichtige Schnittstelle zwischen Sozial-, Gesundheits-, Wirtschafts-, Umwelt-, Landwirtschafts- und Justizpolitik. Unsere Ziele: Schaffung einer flächen- und themendeckenden Beratungslandschaft, die die Rechte mündiger Verbraucher*innen stärkt und auch hier für eine gerechte Sozialpolitik eintritt sowie die Verbesserung von Schulverpflegung als

Verbindung von Bildungs- und Gesundheitspolitik. Bereits mit dem Landeshaushalt 2015 haben wir das Geld für die Verbraucherzentrale erhöht. Auch Kürzungen für die Insolvenzberatung wurde zurückgenommen, denn wir brauchen ein dichtes und flächendeckendes Netz von Hilfs- und Beratungsstellen für Menschen, die in die Verschuldung geraten sind. Als Einstieg zu einer grundlegenden Verbesserung der Kita- und Schulverpflegung sowie zur optimalen Nutzung des EU-Schulprogramms für Schulobst und Schulmilch hat die Regierung Modellprojekte gestartet. Initiativen zur bessere Kontrolle und Kennzeichnung von Lebensmitteln und gegen Lebensmittelverschwendung haben wir im Bundesrat unterstützt.

Mitglieder im Arbeitskreis:

- Diana Skibbe (Arbeitskreisleiterin)
- Rainer Kräuter
- André Blechschmidt
- Knut Korschewsky
- Dr. Iris Martin-Gehl

DIE LINKE und Rot-Rot-Grün stehen für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik und für gute Integration.



ARBEITSKREIS

Umwelt, Energie, Naturschutz

Nachhaltige Entwicklung, eine sozial-ökologische Energiewende, Naturschutz, Hochwasserschutz und Elektro-Mobilität – wir kümmern uns um die Vereinbarkeit von ökologischen, sozialen, regionalen und wirtschaftlichen Interessen

Erneuerbare Energien und die von der Bundesregierung beschlossene Energiewende werden hitzig diskutiert – auch in Thüringen. Unserer Fraktion geht es in der Energiepolitik um eine sachliche Politik, die Planungssicherheit gibt. Wir stehen für einen Ausgleich von sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und regionalen Interessen. Thüringen leistet, auch ausgehend von der Pariser Klimakonferenz 2015, einen Beitrag zur Verminderung von Treibhausgasen unter anderem durch neue Energiesysteme, Regelungen für den Wärmesektor und eine integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie, die auf die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand und Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürger*innen gerichtet ist. 2016 hat Rot-Rot-Grün in Sachen Windenergie als Planungshilfe für Investoren und regionale Planungsgemeinschaften den Windenergie-Erlass beschlossen, in dem zum Beispiel der nötige Abstand von Windkraftanlagen zu Wohnhäusern neu geregelt wurde. Die

Landesregierung will bis 2040 den Energiebedarf zu 100 Prozent aus regenerativer Energie decken. Auf zwei Energiekonferenzen hat unsere Fraktion mit Expert*innen über effiziente, regenerative und dezentrale Energieerzeugung und -nutzung diskutiert – von den energiepolitischen Grundsätzen der rot-rot-grünen Landesregierung über die Rolle von Stadtwerken bis hin zur strittigen Debatte um die Vereinbarkeit von Windenergieanlagen mit dem Landschaftsbild oder dem Naturschutz.

Auch das Zukunftsthema Elektromobilität hat uns beschäftigt. Ein Ziel ist es, das Netz der öffentlich zugänglichen Lade-Stationen auszubauen.

Wir lehnen den Bau der Hochspannungstrassen »SuedLink« und »SuedOstLink« durch Thüringen ab. Statt Stromautobahnen setzen wir auf dezentrale Energieproduktion. Unsere Landesregierung hat, um den Protest gegen den Bau zu unterstüt-

*Tilo Kummer, engagierter
Umweltpolitiker der Linksfraction,
bei einer Pressekonferenz
im Thüringer Landtag*



zen, der zuständigen Bundesbehörde einen Alternativvorschlag vorgelegt, der die Trasse auf dem kürzesten, gradlinigen Weg an Thüringen vorbei leiten soll.

Mit der Novellierung des Wassergesetzes soll insbesondere in den ländlichen Gebieten die Wiedereinsetzung des Solidarprinzips im Abwasserbereich gelingen. Die starre Festlegung auf Kleinkläranlagen, die unverträglich hohe Kosten verursachen können, widerspricht dem Solidargedanken. Wir setzen uns für flexiblere Lösungen ein und konnten dafür bereits die Grundlagen legen.

Bis zu 280 Millionen Euro bis 2021 aus Landes- und Bundesmitteln und EU-Mitteln werden auf Grundlage des Gesetzes zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes unseren Freistaat vor extremen Wetterereignissen sicherer machen. Dies betrifft über 3.000 Projekte an Gewässern und Deichanlagen.

Trotz umfangreicher Investitionen in Talsperren in den vergangenen Jahren gibt es weiterhin erheblichen Sanierungsbedarf, so auch für die Talsperre Weida, für die jedoch nach intensiven öffentlichen Debatten endlich eine Lösung für den Erhalt gefunden werden konnte. Auch im Natur- und Umweltschutz geht es um die Abwägung unterschiedlicher Interessen. Insbesondere der Entwurf einer neuen Kormoranverordnung sorgte für Kontroversen. Es gelang jedoch, einen für alle Interessenvertreter*innen nachvollziehbaren Kompromiss zwischen dem Schutz der Kormorane und den Interessen von Fischzucht, Angler*innen und dem Schutz von Fischarten zu finden.

Die letzten CDU-geführten Landesregierungen hinterließen mit dem »Sondervermögen Ökologische Altlasten« einen Schuldenberg, der bis heute immense Risiken birgt. Wir sind gemeinsam mit der Linksfraction im Bundestag einer Ablösung der Schulden näher gekommen, aber es braucht noch erheblich mehr Druck auf die Bundesregierung, um endlich die schädlichen und riskanten Verträge aus den 1990er Jahren aufzuheben.

Mitglieder im Arbeitskreis:

- Steffen Harzer (Arbeitskreisleiter)
- Tilo Kummer
- Diana Skibbe

ARBEITSKREIS

Arbeit und Soziales

#r2g macht nachhaltige Sozial- und Arbeitspolitik: Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt bringen, Fachkräfte sichern und fair bezahlen, gemeinwohlorientierte Beschäftigung, Familien fördern, Pflege- und Gesundheitspolitik an den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft ausrichten und Hilfebedürftige unterstützen.

Die rot-rot-grüne Landesregierung bringt Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung. Bis Ende 2017 werden wir etwa 1.000 Langzeitarbeitslosen im Interesse des Gemeinwohls die Chance gegeben haben, durch öffentlich geförderte Beschäftigung wieder einer Beschäftigung nachgehen zu können – ein wichtiger Schritt, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Insbesondere für ältere Menschen ist das ein möglicher Wiedereinstieg ins Erwerbsleben. Die Erwerbslosigkeit ist im Freistaat niedrig wie nie. Erstmals seit 1990 liegt sie unter sechs Prozent. Und dennoch müssen wir weiter darum kämpfen, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, unter anderem durch die Fortsetzung des Landesarbeitsmarktprogramms. Auch die erfolgreiche Integration von Geflüchteten hat uns immer wieder beschäftigt. In zahlreichen Fachgesprächen und Konferenzen haben wir prekäre Arbeit, Mindestlohn, gleiche Bezahlung von Männern und Frauen, Mitbestimmung und Tarifbindung in der Arbeitswelt mit Fachleuten und Politik diskutiert, um gemeinsam eine

soziale und gerechte Politik zu machen – und um künftig Leih- und Zeitarbeit noch stärker in reguläre und sichere Beschäftigung zu verwandeln.

#r2g hat dafür gesorgt, dass das Blindengeld in Thüringen weitergezahlt und zudem jährlich erhöht wird. Des Weiteren wurde das Taubblindengeld neu eingeführt. Derzeit streiten wir darüber hinaus dafür, dass ein Gehörlosengeld auf den Weg gebracht wird. Gemeinsam mit Verbänden und Interessenvertretungen wurde ein erster Entwurf eines Inklusionsgesetzes beraten sowie Arbeitsgruppen zur Überarbeitung des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eingesetzt.

Mehr als 350.000 Menschen leben in Thüringen an oder unter der Armutsgrenze, davon fast 50.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Deshalb fordert DIE LINKE einen Aktionsplan zur Armutsprävention und -bekämpfung. Rot-Rot-Grün wird im Herbst 2017 eine Anhörung im Parlament



Karola Stange und Susanne Hennig-Wellsow bei der Verleihung des Thüringer Frauenpreises 2017 für engagierte Frauen

mit den Sozialverbänden und Vereinen durchführen.

Gute ärztliche und medizinische Versorgung im ländlichen Raum ist für ein lebenswertes Thüringen wichtig. Deshalb fördert #r2g die Niederlassung von Ärzt*innen und begegnet so dem Ärztemangel. Eine gute Gesundheitspolitik erfordert vernünftige Krankenhausplanung, eine Fachärztesquote zur Erhöhung der Behandlungsqualität und eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes – das leisten wir. #r2g arbeitet an der weiteren Ausgestaltung des Thüringer Pflegepaktes. Gute Pflege bedeutet eine hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter*innen, eine Erhöhung der Vergütung der Pflegeleistung und einen besseren Lohn für die Beschäftigten.

»Älter werden – aktiv bleiben – Seniorenmitwirkung in Thüringen« war das Thema der Seniorenkonferenz unserer Landtagsfraktion im Sommer 2015. Sie war der Startschuss für die Erarbeitung eines Seniorenmitbestimmungsgesetzes. Die

kommunalen Strukturen für die Mitbestimmung von Senior*innen sollen gestärkt und bessere Teilhabe ermöglicht werden.

Die auskömmliche Finanzierung der Thüringer Frauenhäuser und Interventionsstellen für von Gewalt bedrohte Frauen und deren Kinder wurde durch Rot-Rot-Grün gesichert. Mit der Benennung der neuen Gleichstellungsbeauftragten wurde ein weiterer Schritt für die Stärkung von Frauenrechten und die tatsächliche Interessenvertretung aller Frauen in Thüringen gegangen. Zudem hat sich Rot-Rot-Grün gemeinsam mit dem »Runden Tisch Hebammen« engagiert, um die Situation der Hebammen in Thüringen zu verbessern.

Mitglieder im Arbeitskreis:

- Karola Stange (Arbeitskreisleiterin)
- Kati Engel
- Margit Jung
- Jörg Kubitzki
- Ina Leukefeld
- Dr. Gudrun Lukin

Thüringen gemeinsam voranbringen!

Einen Tag vor der Wahl von Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten haben am 4. Dezember 2014 die Vorsitzenden der Parteien DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Koalitionsvertrag »Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch« unterzeichnet. Der Vertrag ist die politische Grundlage für die gemeinsame Arbeit und die Vorhaben der Regierungsfractionen. Stück für Stück werden sie nun abgearbeitet – vieles ist schon umgesetzt, anderes wird gerade angeschoben. In einer Präambel wurde das Gemeinsame der rot-rot-grünen Koalition beschrieben:

Ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution gehen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen erstmals eine Koalition ein. Wir bilden eine Landesregierung, die auf dem Erreichten aufbaut, Bewährtes sichert und entschlossen neue Wege geht. Demokratie lebt von Veränderung, Teilhabe und Erfahrung. Wir übernehmen Verantwortung für Thüringen und stellen uns einer ernsthaften Aufarbeitung der Vergangenheit. Wir wollen in der Landespolitik eine neue Kultur des Zuhörens und Mitmachens etablieren, die auf die konstruktive Suche nach der besten Lösung für die in Thüringen lebenden Menschen setzt und diejenigen zusammenführt, die Thüringen gemeinsam voranbringen wollen. Wir bilden eine Landesregierung, die sich auch denen zuwendet, die

andere Überzeugungen und Ideen haben. Wir treten mit ihnen in den Dialog und Suchen nach gemeinsamen Wegen. Die Entwicklung, die der Freistaat Thüringen seit der 1989/1990 gewonnenen Freiheit genommen hat, ist trotz teils schwieriger und schmerzhafter Veränderungsprozesse beeindruckend. Das ist die große Leistung der Bürgerinnen und Bürger, der demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen, Verbände, Initiativen, Vereine, Kirchen und ehrenamtlich Engagierter. Viel wurde in den vergangenen 25 Jahren geschafft, aber noch können nicht alle davon profitieren. Noch liegen große Herausforderungen vor uns. Auf diesem Weg möchten wir niemanden zurücklassen. Thüringen ist ein Land im Wandel. Die neue Landesregierung wird diesen Wandel



gestalten: sozial gerecht, demokratisch und ökologisch. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Zivilgesellschaft sind Schlüsselaufgaben für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Wir werden uns für gute Arbeit, gegen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse einsetzen und wollen die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen schützen. Der demografische Wandel verlangt nach bürgernahen und demokratischen Lösungen. Gleichzeitig müssen wir die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen schützen. [...] Wir

setzen neue Impulse für gute Bildung vom Kindergarten bis zur lebenslangen Weiterbildung. Die reiche kulturelle Landschaft Thüringens ist ein Alleinstellungsmerkmal, das wir bewahren und entwickeln wollen. Wir wollen Bürgerinnen und Bürgern mehr direkte Mitbestimmung im Land und in den Kommunen ermöglichen. Die Chancen, die die Energiewende für Thüringen birgt, werden wir konsequent nutzen. [...] Die Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung, um ihre Aufgaben zuverlässig zu erfüllen. Thüringen muss ein weltoffenes Land sein, das Menschen willkommen heißt und Zuwanderung als Bereicherung versteht. Flüchtlinge finden in Thüringen eine humanitäre Aufnahme. Der Kampf gegen alte und neue Nazis, gegen Rassismus und Antisemitismus muss entschlossen fortgesetzt werden. [...] Im Bewusstsein unserer unterschiedlichen politischen Herkunft wenden wir uns gemeinsam den großen Zukunftsaufgaben unseres Landes zu. Wir werden gemeinsam eine Politik verwirklichen, die den sozialen Ausgleich stärkt, für handlungsfähige Kommunen sorgt, mehr direkte Demokratie wagt und die Energiewende konsequent umsetzt.«

KOALITIONSVERTRAG

Den Koalitionsvertrag finden
Sie unter www.die-linke-thl.de
oder zum Herunterladen hier
(einfach QR-Code scannen).



ARBEITSKREIS

Europa, Kultur, Medien

Eine Strategie für ein soziales Europa und mehr Demokratie, die Förderung und Sicherung der vielfältigen Kultur des Freistaates und die Stärkung Thüringens als Medienstandort

Europa braucht mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit. Die europapolitische Strategie der rot-rot-grünen Landesregierung bekennt sich zur europäischen Einigung. Der Freistaat und die Menschen hier profitieren von einem geeinten Europa. Doch es ist genauso klar: Es braucht dringend Veränderungen an den europäischen Realitäten und Struk-

turen. Europa darf nicht nur Markt und Bürokratie sein, es muss eine Sozialunion werden und auf mehr Demokratie und aktiver Friedenspolitik beruhen. Die neue europapolitische Strategie des Landes wurde vor dem Beschluss mit Vertreter*innen von Gewerkschaften, Kommunen und Landkreisen, Bildungseinrichtungen und Verbänden diskutiert. So wollen wir



Die kulturpolitische Sprecherin Katja Mitteldorf (DIE LINKE) mit Dorothea Marx (SPD) und Madeleine Henfling (Grüne) bei der #r2g-Kulturwerkstatt

erreichen, dass europapolitische Entscheidungen künftig von möglichst vielen Menschen getragen werden. Europa bedeutet Begegnung: In einem Antrag an das Parlament haben wir eine Stärkung der Zusammenarbeit mit unseren Partnerregionen in Frankreich und Polen im Rahmen des »Weimarer Dreiecks« beschlossen.

Die Freihandelsabkommen TTIP und Ceta hat unsere Landesregierung im Bundesrat abgelehnt. Die Abkommen bedeuten Gefahren für den Verbraucherschutz, für Sozial- und Arbeitsstandards und für Kunst- und Kulturangebote. Besonders die Einrichtung von privaten Schiedsgerichten im Rahmen dieser Abkommen lehnt DIE LINKE ab.

Im Kulturbereich gelang es, die breite Thüringer Kulturlandschaft zu stärken und im Landeshaushalt erkennbar mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Für alle Thüringer Theater und Orchester konnten Sicherheiten und Perspektiven bis 2025 geschaffen werden, ohne ein Haus schließen zu müssen. Wir haben das Volontariatsprogramm für Museen durchgesetzt und verstetigt, um wissenschaftlichen Nachwuchs für die Museen zu fördern. Zudem wird das »Kulturagenten-Programm für kreative Schulen« fortgeführt und das Thüringer Archivgesetz den heutigen Herausforderungen angepasst.

Archive sind ein wichtiges Gedächtnis der Gesellschaft. Gegen die Sonderrechte für

Geheimdienste im neuen Bundesarchivgesetz haben wir protestiert – leider ohne Erfolg, da vor allem der CDU/CSU die Geheimniskrämerie der Dienste wichtiger als Transparenz für Wissenschaft und Journalismus war. Wichtig ist uns, unsere Kulturpolitik mit Expert*innen und Künstler*innen zu diskutieren. Dazu diente unter anderem eine »Kulturwerkstatt« im November 2016 mit über 80 Teilnehmer*innen zur Vorbereitung des neuen Thüringer Kulturgesetzes. Mit der Enteignung von Schloss Reinhardsbrunn geht Thüringen neue Wege zur Sicherung gesellschaftlich wertvoller Denkmäler, die ihre windigen Besitzer*innen verfallen lassen.

In der Medienpolitik haben wir der Senkung des Rundfunkbeitrags auf 17,50 Euro zugestimmt und uns für die Wiedereinführung der Gebührenbefreiung aus sozialen und gesundheitlichen Gründen eingesetzt. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat zudem für die Stärkung des Medienstandorts Thüringen gekämpft. Bisher war der Freistaat im Verbund des MDR benachteiligt. Künftig werden mehr Mitarbeiter*innen und Produktionen im Freistaat angesiedelt.

Mitglieder im Arbeitskreis:

- Katja Mitteldorf (Arbeitskreisleiterin)
- André Blechschmidt
- Jörg Kubitzki

ARBEITSKREIS

Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft

Eine funktionierende Wirtschaft ist ein wichtiges Fundament für ein gutes Leben. Thüringen steht gut da. Doch vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren bisher zu wenige Menschen. Rot-Rot-Grün investiert daher in bessere Infrastruktur, Breitband, gute Arbeit, unsere Hochschulen und den Tourismus.

Die Zahl der Erwerbslosen sinkt, die wirtschaftliche Lage entwickelt sich positiv und viele Unternehmen investieren in Thüringen. Für uns ist klar: Durch Investitionen des Freistaats in bessere Infrastruktur und gezielte Förderprogramme schaffen wir bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft – das schafft Arbeitsplätze und sichert Einkommen. So unterstützt unsere Landesregierung verstärkt Gründer*innen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei der Unternehmensnachfolge. Mit einer Initiative für Genossenschaften stärken wir gerade auch demokratische und solidarische Wirtschaftsformen. Wir stellen Auslandskontakte her und unterstützen Unternehmen dabei, sich für die Digitalisierung fit zu machen. Das alles unter der Maßgabe, die Kriterien für »Gute Arbeit« zu gewährleisten. Unter anderem investiert das Land 450 Millionen Euro in flächendeckenden Breitband-Ausbau bis 2020 als

Basis für schnelles Internet bis in den ländlichen Raum und fördert kommunale WLAN-Netze und freien Internet-Zugang durch Freifunk-Initiativen. Damit künftig Akten statt Menschen laufen, haben wir ein E-Government-Gesetz auf den Weg gebracht, denn auch die öffentliche Verwaltung muss den Sprung ins digitale Zeitalter schaffen. Thüringen hat sich unter der rot-rot-grünen Landesregierung zudem im Bundesrat für mehr Datenschutz stark gemacht und einen Antrag zur Abschaffung der »Störerhaftung« eingebracht, die die Verbreitung von freiem, nichtkommerziellem WLAN behindert.

Um den Thüringen-Tourismus zu stärken, haben wir eine neue Tourismusstrategie und den »Masterplan Wanderwegenetz« entwickelt. Für uns ist wichtig, dass auch dieser zunehmend wichtige Wirtschaftszweig soziale, ökologische und nachhaltige Kriterien erfüllt – schließlich arbeiten hier

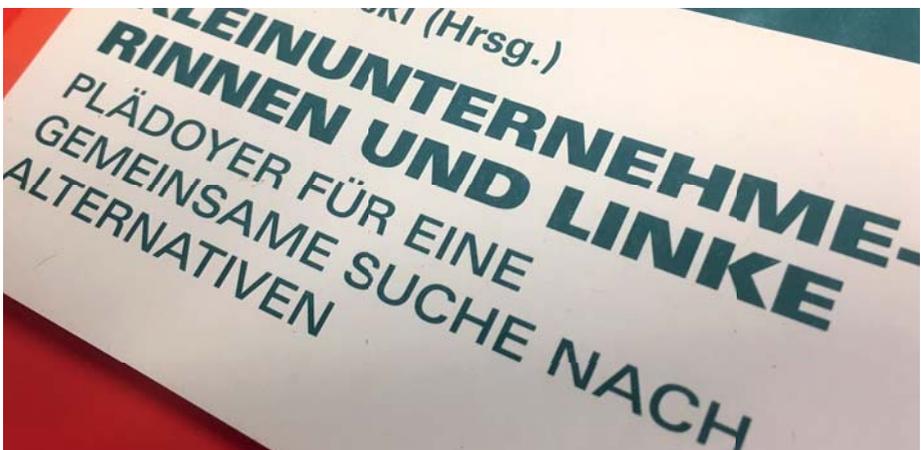
etwa 100.000 Menschen. Mit der Einführung einer Tourismusabgabe stärken wir die finanziellen Möglichkeiten und Spielräume der Kommunen, damit Investitionen im Tourismus schneller erfolgen können. Die für Urlauber*innen und Sportler*innen wichtige Zugverbindung zum Rennsteig und das Badehaus Masserberg konnten mit Geld des Landes gesichert werden.

Unsere Hochschulen sind ein wichtiges Fundament für Bildung, Internationalität und die Zukunftsfähigkeit Thüringens. Viele junge Menschen kommen als Studierende erstmalig mit unserem Freistaat in Kontakt. Hier bietet sich die Chance, junge Menschen für ein Leben und Arbeiten in Thüringen zu gewinnen. Unsere Landesregierung stellt bis 2019 zusätzlich 160 Millionen Euro für die Hochschulen zur

Verfügung und hat mit der Errichtung der Dualen Hochschule Gera-Eisenach das Bildungsangebot im Freistaat verbessert. Auch soziale Fragen sind wichtig, daher bekommen das Thüringer Studierendenwerk (Wohnheime, Mensen, Sozialberatung, BAföG, ...) und die Lehrkräfte an den Fachhochschulen endlich mehr Geld. Mit dem neuen Hochschulgesetz bauen wir Mitbestimmungsmöglichkeiten gerade für Studierende und Beschäftigte aus, stärken Gleichberechtigung und die gesellschaftliche Anbindung.

Mitglieder im Arbeitskreis:

- Knut Korschewsky (Arbeitskreisleiter)
- Dieter Hausold
- Katharina König-Preuss
- Katja Mitteldorf
- Christian Schafft



ARBEITSKREIS

Bildung, Jugend und Sport

Ein kostenfreies Kita-Jahr, Investitionen in die Schulen, 1.900 neue Lehrer*innen, Bildungsfreistellung für Beschäftigte sowie mehr Unterstützung für Jugendarbeit, Breitensport und Erwachsenenbildung

Mit der Einführung eines kostenfreien Kindergarten-Jahres ab 2018 entlasten wir Familien mit Kita-Kindern um durchschnittlich 1.400 Euro und gehen damit zugleich den ersten Schritt zur generellen Kostenfreiheit der Kindergärten. Parallel dazu stocken wir beim Leitungspersonal in den größeren Kitas auf und stellen jährlich mindestens 14 Millionen Euro für Bau-Investitionen zur Verfügung.

Beim Amtsantritt der rot-rot-grünen Landesregierung gab es an den Thüringer Schulen einen gigantischen Sanierungsstau von etwa 400 bis 500 Millionen Euro. Durch unser Schulbauprogramm stecken wir bis 2019 zusätzlich zu den bisherigen Förderprogrammen weitere 150 Millionen Euro in die Schulsanierung. So werden wir bis 2019 etwa ein Viertel bis ein Drittel des Sanierungsstaus abgetragen haben – eine Riesenleistung. Die Sanierung von Schulsporthallen stärkt zugleich den Breitensport, da auch viele Vereine in diesen Hallen trainieren.

Seit Anfang 2015 hat die rot-rot-grüne Landesregierung 1.900 neue Lehrer*innen

eingestellt. Und wir werden weiter in hohen Zahlen einstellen, um Unterrichtsausfall zu bekämpfen und gute Bildung für alle Kinder möglich zu machen. Mit einem zusätzlichen Schulbudget für Personal werden die Schulen in der Lage sein, in Mangelsituationen selbst schneller handeln zu können. So wollen wir Stück für Stück den Personalmangel beheben, den die CDU-geführten früheren Regierungen hinterlassen haben. Für die Schulen in privater Trägerschaft haben wir eine transparente und verbesserte planbare Finanzierung geschaffen. Die Horte wurden in die Grundschulen zurückgeholt, eine wichtige Grundlage für die Entwicklung von Ganztagschule in den kommenden Jahren. Die Umsetzung der Inklusion an unseren Schulen soll weiter vorangehen, das Tempo aber verlangsamt und das Unterstützungssystem gestärkt werden. Um das schnelle Deutschlernen von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu fördern, wurden dauerhaft 150 Lehrer*innen für »Deutsch als Zweitsprache« eingestellt. Ziel unserer Schulpolitik sind längeres gemeinsames Lernen, mehr Gemeinschaftsschulen, weniger Unterrichtsaus-

*Die Bildungspolitiker der Linksfraktion Torsten Wolf und Christian Schaft diskutieren mit Lehrer*innen, Schüler*innen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen.*



fall, mehr Investitionen, Fortbildung und Inklusion. Alle Kinder müssen gleiche Chancen bekommen!

Seit Januar 2016 gibt es endlich auch in Thüringen bezahlte Freistellung von der Arbeit für Weiterbildung. Beschäftigte können maximal für fünf Tage bei Lohnfortzahlung für Weiterbildungsangebote von der Arbeit freigestellt werden (www.bildungsfreistellung.de).

Derzeit arbeiten wir an einem landesweiten Schüler- und Auszubildendenticket, damit Jugendliche in Ausbildung künftig günstig und flexibel zwischen Wohn-, Schul- und Ausbildungsort unterwegs sein können. Während dieses Projekt noch Zeit und Klärung braucht, gibt es bereits seit 2016 Verbesserungen bei den Zuschüssen zu den Fahrtkosten. Der Kreis der Anspruchs-

berechtigten wurde erweitert und die Kostenrückerstattung erfolgt nun elternunabhängig und gestaffelt nach Höhe der Auszubildendenvergütung.

Durch die Aufstockung der Jugendpauschale von 11 auf 15 Millionen Euro stärkt Rot-Rot-Grün die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, der Vereine und Jugendverbände in den Kommunen. Der Landessportbund erhält mehr Geld für seine Aufgaben und mit unserem neuen Sportfördergesetz bekommen Sportvereine vor Ort künftig bessere Unterstützung.

Mitglieder im Arbeitskreis:

- Torsten Wolf (Arbeitskreisleiter)
- Kati Engel
- Knut Korschewsky
- Christian Schaft

ARBEITSKREIS

Petitionen

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht, sich mündlich oder schriftlich mit einer Bitte oder Beschwerde (»Petition«) an den Thüringer Landtag zu wenden, wenn es um Landesgesetze oder um Entscheidungen von Thüringer Behörden geht. Der Petitionsausschuss bearbeitet jede Beschwerde – seit Anfang 2015 bereits 2.700 Petitionen.

In den zurückliegenden zweieinhalb Jahren hat der Ausschuss gut 2.700 Petitionen von Bürger*innen behandelt. 700 davon wurden verantwortlich durch Abgeordnete der Linksfraktion bearbeitet – eine hohe Zahl, da jeder Fall einzeln und gewissenhaft geprüft wird. Die Bürger*innen merken, dass sie sich vertrauensvoll an die Mitglieder des Petitionsausschusses wenden können, um ihre Probleme mit Ämtern und Behörden vorzutragen. Unter den eingereichten Petitionen findet sich das gesamte Spektrum bürgerschaftlicher Anliegen – vom Ärger ums Abwasser über die Forderung nach Erhöhung des Blindengeldes bis hin zu Problemen mit Gerichten. Oft geht es dabei um komplexe Probleme, die nicht vom Schreibtisch aus zu durchschauen sind. Daher vereinbaren die Abgeordneten Vor-Ort-Termine, um sich persönlich ein Bild zu machen. Die meisten Ortstermine aller Thüringer Abgeordneten hat 2016 unser Abgeordneter Ronald Hande (DIE LINKE) wahrgenommen.

Ein herausragendes Beispiel war eine Petition aus Rositz (Altenburger Land) aufgrund der starken Belastung durch Bergbau-Altlasten. Giftiges Grundwasser quillt dort in Keller und macht Häuser unbewohnbar. Daher wurde vom Ausschuss mit einer Bürgerinitiative eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Insbesondere durch die Mitglieder der rot-rot-grünen Koalition und die Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Altenburg konnte erreicht werden, dass das Umweltministerium Umzugskosten für betroffene Bürger*innen übernimmt. Ein weiterer Erfolg von Rot-Rot-Grün ist die Erhöhung des »Härtefall-Fonds«. Mit diesen Geldern werden Menschen in außergewöhnlichen Notfällen unterstützt. So konnte beispielsweise eine Familie im Landkreis Gotha dank der Unterstützung Brennmaterial kaufen, um im Winter überhaupt heizen zu können.

Ähnlich wie der Petitionsausschuss sind auch der Bürgerbeauftragte des Freistaates Thüringen mit Sitz im Landtag sowie der Bürgerbeauftragte der Staatskanzlei

Vorstellung eines Info-Flyers zu Petitionen durch DIE LINKE



Ansprechpartner für Bürger*innen bei Schwierigkeiten mit den öffentlichen Verwaltungen. Unser Ziel als LINKE ist es seit Jahren, die Stelle des Bürgerbeauftragten des Freistaates neu zu strukturieren, um seine Kompetenzen im Interesse der Bürger*innen zu stärken. Zudem wollen wir, dass der Petitionsausschuss nicht mehr hinter verschlossenen Türen, sondern öffentlich tagt. Den ersten Schritt dahin sind wir gegangen: Mit der rot-rot-grünen Mehrheit haben wir die ersten öffentlichen Anhörungen in Thüringen durchgeführt. Auch Kinder können sich an den Landtag wenden. In dem bundesweit ersten Info-Flugblatt speziell für Kinder wird Schritt für Schritt erklärt, wie man eine Petition einreicht.

Mitglieder im Arbeitskreis:

- Anja Müller (Arbeitskreisleiterin)
- Ronald Hande
- Frank Kuschel
- Ute Lukasch
- Dr. Iris Martin Gehl
- Diana Skibbe

PETITIONEN

Petitionen können per Post (Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt) oder online (www.petitionen-landtag.thueringen.de) eingereicht werden. Das Bürgerbüro der Fraktion DIE LINKE steht Ihnen gerne mit Rat und Tat bei Ihren Problemen, Sorgen und Anregungen zur Seite – Telefon: (03 61) 3 77 26 11.

ARBEITSKREIS

Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten

Bezahlbares Wohnen für alle, Mobilität für alle, Landwirtschaft und Forstwirtschaft als wichtiger Bestandteil der Thüringer Wirtschaft und des ländlichen Raums sowie gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Thüringens – das sind wichtige Ziele von Rot-Rot-Grün

Bezahlbares Wohnen für alle genießt für DIE LINKE stets Priorität. Einerseits steigen besonders in Städten wie Erfurt, Jena und Weimar die Mieten und bezahlbare Wohnungen sind knapp. Auch eine Einführung der Mietpreisbremse löst das Problem nicht. Andererseits stehen wir im ländlichen Raum vor dem gegenteiligen Problem aufgrund des demografischen Wandels. Wir haben darum mit der Neufassung der Förderrichtlinien für sozialen Wohnungsbau (sozialer Wohnungsneubau, Modernisierung und altersgerechter beziehungsweise barrierefreier Umbau) und der Aufstockung der Finanzmittel deutliche Alternativen geschaffen. Die steigende Nachfrage dazu, auch im ländlichen Raum, zeugt von dieser erfolgreichen Strategie. Darüber hinaus haben wir ein stark nachgefragtes Schulsanierungsprogramm aufgelegt sowie das Geodateninfrastrukturgesetz – mit dem bundesweiten Alleinstellungsmerkmal der kostenlosen Bereitstellung der Daten – und

das Architektengesetz in enger Abstimmung mit Verbänden und Expert*innen novelliert.

Mobilität für alle setzt guten und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr voraus. Rot-Rot-Grün gibt dem öffentlichen Personenverkehr Vorrang – zum Beispiel durch die Einführung von landesweit bedeutsamen und überregionalen neuen Buslinien, die bessere Verknüpfung von Bus und Bahn in Thüringen sowie durch die Sicherung des Rennsteigshuttles für die nächsten elf Jahre. Für das notwendige Ziel eines flächendeckenden, thüringenweiten Verkehrsverbundes haben wir die Initiative ergriffen, so wurden ein Landtagsbeschluss herbeigeführt und Haushaltsmittel beim Infrastrukturministerium bereitgestellt. Flankierend dazu wurde eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Die Zusage zur Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung wurde erreicht, drei Millionen Euro für Planungsleistungen stellt Thürin-

gen bereit. Unsere Fraktion und unsere Landesregierung haben sich zudem deutlich gegen die geplante Privatisierung der Autobahnen ausgesprochen und nach Wegen gesucht, das zu verhindern. Die Mittel zur Unterstützung der Verkehrssicherheit wurden erhöht, Erfolge bei der Verkehrserziehung und Unfallvermeidung erzielt. Auch der Erhalt und Umbau von Straßen ist im Mittelpunkt, so wurden wichtige Straßenbauvorhaben und Ortsumgehungen in Thüringen in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen. Zudem stehen nun durch Änderung der Fördersätze mit zehn Prozent der Straßenbauinvestitionsgelder für das Radwegesystem mehr Finanzen zur Verfügung als jemals zuvor. Ebenso erfolgte die Weichenstellung zur Einführung eines Azubi-Tickets. Mit Vertreter*innen der Fachverbände sowie Fahrgastbeiräten stehen wir in regelmäßigem Kontakt und haben Expertengespräche geführt.

Hochwasser macht nicht vor Grenzen Halt. Daher muss auch der Hochwasserschutz länderübergreifend geplant werden. Bei Beratungen 2015 mit verschiedenen Anrainerländern wurden erste Verabredungen zum gemeinsamen Hochwasserschutz getroffen, die Umsetzung der neuen Thüringer Hochwasserschutzrichtlinie wird künftig mehr Schutz bieten.

Die Thüringer Land- und Forstwirtschaft ist für den Freistaat ein wichtiger Faktor und prägt die ländlichen Räume. Rot-Rot-

Grün setzt auf einen Ausgleich zwischen ökologischen, wirtschaftlichen, regionalen und sozialen Interessen. Wir haben Umstellungen auf ökologische Landwirtschaft gefördert, einen Landtagsbeschluss zur Begrenzung des Einsatzes des schädlichen Glyphosats gefasst und Maßnahmen für den Fortbestand der Thüringer Milchviehbetriebe initiiert, die von der Regierung aufgenommen und mit weiteren auch umgesetzt wurden. Als LINKE und als rot-rot-grüne Koalition haben wir zudem mehrere Initiativen gegenüber der Bundesregierung für den Erhalt des Leibniz-Instituts für Gemüse- und Zierpflanzenbau in Großbeeren/Erfurt gestartet. Zur geplanten Novellierung des Thüringer Jagdgesetzes wurde ein mittlerweile von allen Beteiligten, die Interesse an der Jagd haben, viel gelobter Dialogprozess geführt, dessen Ergebnisse Eingang in den Gesetzentwurf fanden. Mit der neuen Kormoran-Verordnung ist es erfolgreich gelungen, widerstreitende Interessen von Naturschützer*innen, Angler*innen und Fischereibetrieben unter einen Hut zu bekommen.

Mitglieder im Arbeitskreis:

- Dr. Gudrun Lukin (Arbeitskreisleiterin)
- Ronald Hande
- Steffen Harzer
- Tilo Kummer
- Ute Lukasch
- Dr. Johanna Scheringer-Wright

Untersuchungsausschüsse & Enquete-Kommission

Neben den regulären Ausschüssen des Landtages wurden bereits drei Untersuchungsausschüsse eingesetzt. Sie sind Instrumente, um Licht in das Handeln von Behörden und Regierungen zu bringen. Zeug*innen können vernommen werden, Akten müssen von den Behörden vorgelegt werden. Zudem haben Rot-Rot-Grün und die CDU eine Enquete-Kommission eingesetzt, die unter Beteiligung von Expert*innen über Rassismus in der Gesellschaft und die Entwicklung antirassistischer Strategien diskutieren wird.

Rechtsterrorismus und Behördenhandeln

Der NSU-Untersuchungsausschuss 6/1 setzt die Aufklärungsarbeit aus der vergangenen Legislaturperiode zum Thema Rechtsterrorismus und dem Handeln der Thüringer Behörden fort. DIE LINKE wird in dem Ausschuss durch die Abgeordneten Katharina König-Preuss, Steffen Dittes und Dieter Hausold vertreten. Unser Ziel ist es, das noch immer ungeklärte Wirken des Thüringer Verfassungsschutzes und von dessen Spitzeln (»V-Leute«) in der Nazi-Szene, das den NSU unterstützende Netzwerk sowie die Grauzonen zwischen Neonazis und der organisierten Kriminalität zu beleuchten. Aber auch die Verbrechen des NSU sind Gegenstand der Untersuchung. Insbesondere der Mord an der

Thüringer Polizistin Michèle Kiesewetter muss noch genauer untersucht werden. Ausführlich befasst hat sich der Ausschuss bereits mit den Ereignissen um das Auffliegen des NSU im November 2011. Der Abschlussbericht des ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses stellte ein »erschreckendes Ausmaß von Desinformation, fehlerhafter Organisation, Abweichungen von üblichem Vorgehen« beim Handeln der Behörden im Fall des NSU fest – und bereits die bisherigen Ergebnisse des neuen Untersuchungsausschusses verfestigen diesen Eindruck.

Aktenlager Immelborn

2013 hatte der Thüringer Datenschutzbeauftragte Lutz Hasse das damals CDU-geführte Innenministerium gebeten, Hilfe

bei der Sichtung eines »wilden« Aktenlagers in Immelborn zu leisten. Offenbar unzureichend gesicherte Akten sollten so dem möglichen Zugriff Unbefugter entzogen werden. Da das Innenministerium damals jede Unterstützung verweigerte, klagte der Datenschutzbeauftragte gegen das CDU-geführte Innenministerium. Als nach dem Regierungswechsel dann endlich eine Räumung des Lagers ohne polizeiliche Hilfe gelang, behauptete die CDU, die Beschwerden des Datenschutzbeauftragten wären nur ein Wahlkampfmanöver gegen sie gewesen und beantragte parlamentarische Aufklärung. Für DIE LINKE arbeiten Rainer Kräuter, Katharina König-Preuss und Iris Martin-Gehl in dem Untersuchungsausschuss. Wir untersuchen vor allem den Zeitraum vor dem Bekanntwerden des unbewachten Altenlagers, denn zu klären ist vor allem, an welchen Stellen Thüringer Behörden bereits vorher hätten aktiv werden können und müssen. Aus unserer Sicht ist es der CDU nicht gelungen, Beweismittel vorzulegen, die ihre Behauptung stützen könnten. Vielmehr festigt sich der Eindruck, die CDU versucht mit Beweisansprüchen das Ende der Untersuchung hinauszuzögern.

»Möglicher Amtsmissbrauch«

Im August 2016 wurde bekannt, dass der Sohn von Thüringens Justizminister Lauinger (Bündnis 90/Die Grünen) nicht an der für alle Schüler*innen verpflichtenden »Besonderen Leistungsfeststellung« am

Ende der zehnten Klasse teilnehmen musste, da er im Prüfungszeitraum mehrere Monate im Ausland verbrachte. Die Genehmigung der Schule war nach Bekanntwerden im Bildungsministerium von der zuständigen Schulaufsichtsabteilung rückgängig gemacht worden. Minister Lauinger, der auf den Bestand der erteilten Genehmigung vertraut hatte, wandte sich daraufhin an die zuständige Abteilung im Bildungsministerium. Die Entscheidung der Schulaufsichtsabteilung wurde letztlich von der Hausleitung im Sinne des Schülers und unter Berufung auf den entstandenen Vertrauensschutz revidiert. Die CDU sah in der Intervention von Minister Lauinger und der möglichen Beteiligung von Mitgliedern der Landesregierung einen Fall von möglichem Amtsmissbrauch und unzulässiger Einflussnahme und beantragte im Landtag einen weiteren Untersuchungsausschuss. DIE LINKE ist neben dem Ausschussvorsitzenden Knut Korschewsky durch die Abgeordneten Dr. Iris Martin-Gehl und Torsten Wolf in diesem Ausschuss vertreten. Statt parteipolitisch motivierter Skandalisierung wollen wir eine ergebnisoffene und zielgerichtete Aufarbeitung der Vorgänge um die Befreiung von der »Besonderen Leistungsfeststellung« und die Frage, ob Justizminister Lauinger in ungerechtfertigter Art und Weise Mitglieder der Landesregierung in den Vorgang involviert hat. Bisher hat sich der Ausschuss mit dem Genehmigungsprozess des Auslandsaufenthaltes durch die Schule und den Aspekten der Authentizität und

Erinnern und Mahnen: Sabine Berninger, Mitglied der Enquete-Kommission »Rassismus«, in der Gedenkstätte des KZ Buchenwald



Vollständigkeit der von der Landesregierung vorgelegten Akten befasst.

Enquete-Kommission »Rassismus«

Am 26. Januar 2017 beschloss der Thüringer Landtag mit den Stimmen von Rot-Rot-Grün und der CDU die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung. Die Kommission ist eine Konsequenz aus der jahrelang unentdeckten Mordserie des NSU sowie eine Empfehlung des ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses. Sie soll Ursachen für das Entstehen und die Verbreitung rassistischer

Einstellungen identifizieren, daraus entstehende Gefahren untersuchen und konkrete nachhaltige Konzepte sowie Handlungsempfehlungen gegen strukturellen und institutionellen Rassismus für die Thüringer Politik und Zivilgesellschaft entwickeln. Die Ergebnisse einschlägiger Studien zum gesamtgesellschaftlichen Phänomen Rassismus und das Wissen von ExpertInnen werden in die Untersuchung einbezogen. Für DIE LINKE arbeiten Sabine Berninger, Katharina König-Preuss und Christian Schaft in der Kommission. Mit Initiativen und Betroffenen hat DIE LINKE im Februar bereits auf einer Fachtagung vorab Erwartungen und mögliche Ziele der #EnqueteRassismus diskutiert.

Für ein soziales Land!

Als laute Stimme für soziale Gerechtigkeit hatte DIE LINKE den Armutsforscher Christoph Butterwegge als neuen Bundespräsidenten vorgeschlagen.

Bei der Wahl in der Bundesversammlung im Februar 2017 bekam er neben den Stimmen der Linkspartei auch 33 weitere Ja-Stimmen – ein Achtungserfolg und Signal, dass soziale Gerechtigkeit mehr Gehör finden muss. Die Vorsitzende der Thüringer Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow, sagte: »Christoph Butterwegge hat seine Stimme deutlich gegen Armut und gegen soziale Spaltung in unserer eigentlich so reichen Gesellschaft erhoben. Er hat klar gemacht, dass eine gerechtere Politik möglich wäre. Durch seine Kandidatur

konnten die Mitglieder der Bundesversammlung entscheiden, was ihnen wichtiger ist: eine Stimme gegen soziale Ungerechtigkeit oder ein hinter verschlossenen Türen mit Kanzlerin Merkel ausgekugelter Präsident.« Gewählt wurde schließlich der Kandidat von CDU/CSU und SPD, Frank-Walter Steinmeier. Butterwegge sagte: »Obwohl die Gesellschaft immer stärker auseinander fällt, nimmt das Establishment diese Polarisierung nicht oder falsch wahr. Ich möchte der weiteren Zerstörung des Wohlfahrtsstaates entgegentreten.«



*Thüringer*innen für Butterwegge: Luc Jochimsen, Sabine Berninger, Martina Renner, Landolf Scherzer, Frank Tempel, Kersten Steinke, Ralph Lenkert, Jens Petermann, Sandro Witt, Sigrid Hupach und Susanne Hennig-Wellsow*

Abgeordnete vor Ort

Unsere Abgeordneten sind mit ihren Wahlkreisbüros quer durch Thüringen vor Ort. Die Büros sind Anlaufpunkte für Sie, um sich über unsere Politik zu informieren, das Gespräch mit unseren Abgeordneten zu suchen und um uns Ihre Anliegen und Interessen mitzuteilen. Schauen Sie doch mal vorbei! Einige dieser Büros, zum Beispiel das »RedRoXX« in Erfurt, das »RosaLuXX« in Eisenach oder das »Haskala« in Saalfeld, richten sich mit ihren Angeboten speziell auch an politikinteressierte Jugendliche.

ARNSTADT

Frank Kuschel

Turnvater-Jahn-Straße 16
99310 Arnstadt
Telefon: (0 36 28) 60 27 95
E-Mail: kuschel.wkb@web.de
www.frankkuschel.de

BAD SALZUNGEN

Anja Müller

Bahnhofstraße 23
36433 Bad Salzungen
Telefon: (0 36 95) 60 47 24
E-Mail: buero@linksmueller.de
www.linksmueller.de

BAD BERKA

Sabine Berninger

Am Markt 4
99438 Bad Berka
Telefon: (0 36 4 58) 49 32 20
E-Mail: wkb-berninger@t-online.de
www.sabine-berninger.de

EISENACH

Kati Engel

Georgenstraße 48
99817 Eisenach
Telefon: (0 36 91) 73 52 18
E-Mail: kontakt@rosaluxx.de
www.rosaluxx.de

BAD BLANKENBURG

Rainer Kräuter

Kirchplatz 1
07422 Bad Blankenburg
Telefon: (0 36 7 41) 73 92 19
E-Mail: kraeuter@die-linke-thl.de
www.rainer-kraeuter.de

ERFURT

André Blechschmidt

Johannesstraße 49
99084 Erfurt
Telefon: (0 36 1) 21 66 87 10
E-Mail: blechschmidt@die-linke-erfurt.de
www.blechschmidt-andre.de

Ronald Hande

Johannesstraße 49
99084 Erfurt
Mobil: (03 61) 21 66 87 08
E-Mail: info@ronald-hande.de
www.ronald-hande.de

Susanne Hennig-Wellsow

Pilse 29
99084 Erfurt
Telefon: (03 61) 22 79 21 30
E-Mail: kontakt@redroxx.de
www.redroxx.de
www.susannehennig.de

Christian Schaft

Pilse 29
99084 Erfurt
Telefon: (03 61) 22 79 21 30
E-Mail: kontakt@redroxx.de
www.redroxx.de
www.christian-schaft.de

Karola Stange

Johannesstraße 49
99084 Erfurt
Telefon: (03 61) 21 66 87 09
E-Mail: wahlkreisbuero@karola-stange.de
www.karola-stange.de

GERA

Dieter Hausold

Markt 12 a
07545 Gera
Telefon: (03 65) 81 31 30
Mobil: (01 60) 6 31 90 07
E-Mail: info@dieter-hausold.de
www.dieter-hausold.de

Margit Jung

Markt 12 a
07545 Gera
Telefon: (03 65) 7 12 84 70
Mobil: (01 74) 3 39 35 50
E-Mail: jung-margit@t-online.de
www.margit-jung.de

GOTHA

Dr. Johanna Scheringer-Wright

Blumenbachstraße 5
99867 Gotha
Telefon: (0 36 21) 7 38 63 04
E-Mail: ab@scheringer.de
www.johanna-scheringer.de

GREIZ

Diana Skibbe

Carolinestraße 46
07973 Greiz
Telefon: (0 36 61) 45 61 78
E-Mail: wkb@dianaskibbe.de
www.dianaskibbe.de

HERMSDORF

Mike Huster

Naumburger Straße 8
07629 Hermsdorf
Telefon: (03 66 01) 21 96 83
Mobil: (01 77) 7 93 15 15
E-Mail: wkb@die-linke-shk.de
www.mike-huster.de

HILDBURGHAUSEN

Tilo Kummer

Rathausgasse 8
98646 Hildburghausen
Telefon: (0 36 85) 70 95 37
E-Mail: tilo.kummer@gmx.de
www.tilo-kummer.de

JENA

Dr. Gudrun Lukin

Markt 4
07743 Jena
Telefon: (0 36 41) 79 65 70 und 79 65 71
E-Mail: buero@gudrun-lukin.de
www.gudrun-lukin.de

Torsten Wolf

Markt 4
07743 Jena
Telefon: (0 36 41) 5 43 43 01
E-Mail: kontakt@torsten-wolf.net
www.torsten-wolf.net

MEININGEN

Steffen Harzer

Eleonorenstraße 10
98617 Meiningen
Telefon: (0 36 93) 8 85 35 30
E-Mail: buero@steffen-harzer.de
www.steffen-harzer.de

MÜHLHAUSEN

Jörg Kubitzki

Görmarstraße 27
99974 Mühlhausen
Telefon: (0 36 01) 88 98 60
E-Mail: mdljoergkubitzki@t-online.de
www.joergkubitzki.de

NORDHAUSEN

Katja Mitteldorf

Barfüßerstraße 18
99734 Nordhausen
Telefon: (0 36 31) 6 51 27 71
E-Mail: wkb.mitteldorf@outlook.de
www.katja-mitteldorf.de

SAALFELD

Katharina König-Preuss

Saalstraße 38
07318 Saalfeld
Telefon: (0 36 71) 51 54 89
Mobil: (01 79) 9 01 46 95
E-Mail: info@haskala.de
www.haskala.de

SCHLEIZ

Ralf Kalich

Nikolaiplatz 5
07907 Schleiz
Telefon: (0 36 63) 42 22 71
E-Mail: die-linke-sok@t-online.de
www.ralfkalich.de

SCHMALKALDEN

Ronald Hande

Hoffnung 11
98574 Schmalkalden
Telefon: (0 36 83) 4 89 99 27
E-Mail: schmalkalden@ronald-hande.de
www.ronald-hande.de

SCHMÖLLN

Ute Lukasch

Brückenplatz 19
04626 Schmölln
Telefon: (03 44 91) 58 67 96
E-Mail: wkb-schmoelln@utelukasch.de
www.utelukasch.de

SÖMMERDA

Rainer Kräuter

Stadtring 17b
99610 Sömmerda
Telefon: (0 36 34) 3 61 20 95
E-Mail: wkb-soemmerda@hotmail.com
www.rainer-kraeuter.de

SONDERSHAUSEN

Dr. Iris Martin-Gehl

Johann-Karl-Wezel-Straße 50
99706 Sondershausen
Telefon: (0 36 32) 8 28 82 64
E-Mail: wahlkreis@iris-martin-gehl.de
www.iris-martin-gehl.de

SONNEBERG

Knut Korschewsky

Köppelsdorfer Straße 20
96515 Sonneberg
Telefon: (0 36 75) 42 61 90
E-Mail: wkb-korschewsky@gmx.de
www.korschewsky.de

SUHL

Ina Leukefeld

Rüssenstraße 19
98527 Suhl
Telefon: (0 36 81) 72 85 62
E-Mail: ina-leukefeld-wkb@t-online.de
www.inaleukefeld.de

WEIMAR

Steffen Dittes

Marktstraße 17
99423 Weimar
Telefon: (0 36 43) 9 00 06 11
E-Mail: wahlkreis@steffen-dittes.de
www.steffen-dittes.de

ZEULENRODA-TRIEBES

Diana Skibbe

Greizer Straße 33
07937 Zeulenroda-Triebes
Telefon: (03 66 28) 94 75 48
www.dianaskibbe.de

Unsere Mitglieder in der Landesregierung

*Ministerpräsident
des Freistaates Thüringen*



Bodo Ramelow
MINISTERPRÄSIDENT

-  thueringen.de/th1/tsk
-  [bodo.ramelow](https://www.facebook.com/bodo.ramelow)
-  [bodoramelow](https://twitter.com/bodoramelow)

Thüringer Staatskanzlei
Regierungsstraße 73
99084 Erfurt
Telefon: (03 61) 37-9 00

*Staatskanzlei und Ministerium für Kultur,
Bundes- und Europaangelegenheiten*



Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff
CHEF DER STAATSKANZLEI
UND MINISTER

-  thueringen.de/th1/tsk
-  [FreistaatThueringen](https://www.facebook.com/FreistaatThueringen)
-  [thueringende](https://twitter.com/thueringende)

Thüringer Staatskanzlei
Regierungsstraße 73
99084 Erfurt
Telefon: (03 61) 37-9 00

Malte Krückels
STAATSSSEKRETÄR FÜR MEDIEN UND
BEVOLLMÄCHTIGTER DES FREISTAATS
THÜRINGEN BEIM BUND

*Ministerium für Infrastruktur
und Landwirtschaft*



Birgit Keller
MINISTERIN

- thueringen.de/th9/tmil
- [tmil.info](https://www.facebook.com/tmil.info)
- [TMILKeller](https://twitter.com/TMILKeller)

Werner-Seelenbinder-Straße 8
99096 Erfurt
Telefon: (03 61) 37-9 00
E-Mail: poststelle@tmil.thueringen.de

Dr. Klaus Sühl
STAATSSSEKRETÄR

*Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie*



Heike Werner
MINISTERIN

- thueringen.de/th7/tmasgff
- [tmsfg](https://www.facebook.com/tmsfg)
- [Min_HeikeWerner](https://twitter.com/Min_HeikeWerner)

Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt
Telefon: (03 61) 37-9 00
E-Mail: poststelle@tmasgff.thueringen.de

Ines Feierabend
STAATSSSEKRETÄRIN

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport



Dr. Birgit Klaubert
MINISTERIN

Werner-Seelenbinder-
Straße 6, 99096 Erfurt
Telefon: (03 61) 37-9 00
E-Mail: [poststelle@
tmbjs.thueringen.de](mailto:poststelle@tmbjs.thueringen.de)

- [thueringen.de/
th2/tmbjs](http://thueringen.de/th2/tmbjs)
- [BildungTH](https://www.facebook.com/BildungTH)
- [BildungTH](https://twitter.com/BildungTH)

Gabi Ohler
STAATSSSEKRETÄRIN

Im Hintergrund ...

Die Geschäftsstelle der Landtagsfraktion

Die Geschäftsstelle organisiert die tägliche Arbeit – zum Beispiel die Organisation und Vorbereitung der Beratungen von Fraktion, Fraktionsvorstand und Arbeitskreisleiter*innen, sie bearbeitet Anfragen von Bürger*innen, kümmert sich um die Organisation von Veranstaltungen und die technische Ausstattung der Büros oder um die juristische Beratung der Fraktion.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle sorgen so im Hintergrund mit dafür, dass die Fraktion ihre Aufgaben und ihre politische Arbeit gut und reibungslos erledigen kann.

Dirk Möller

GESCHÄFTSFÜHRER

Telefon: (03 61) 3 77-26 20

Fax: (03 61) 3 77-24 16

E-Mail: moeller.dirk@die-linke-thl.de

Wolfgang Albold

BÜROLEITER DER

FRAKTIONSVORSITZENDEN

Telefon: (03 61) 3 77-23 05

E-Mail: albold@die-linke-thl.de

Annegret Brosemann

SYSTEMADMINISTRATORIN

Telefon: (03 61) 3 77-26 12

E-Mail: brosemann@die-linke-thl.de

Maria Funke

SACHBEARBEITERIN

DER GESCHÄFTSSTELLE

Telefon: (03 61) 3 77-23 00

E-Mail: funke@die-linke-thl.de

Markus Gleichmann

KOORDINATOR

Telefon: (03 61) 3 77-23 18

E-Mail: gleichmann@die-linke-thl.de

Marion Möller

SACHBEARBEITERIN

DER GESCHÄFTSSTELLE

Telefon: (03 61) 3 77-22 95

E-Mail: fraktion@die-linke-thl.de

Arif Rüzgar

BÜROLEITER DER

FRAKTIONSVORSITZENDEN

Telefon: (03 61) 3 77-26 40

E-Mail: ruezgar@die-linke-thl.de

Sandra Steck

JURISTISCHE MITARBEITERIN

DER GESCHÄFTSSTELLE

Telefon: (03 61) 3 77-22 60

E-Mail: steck@die-linke-thl.de

Paul Wellsow

MITARBEITER

FÜR GRUNDSATZFRAGEN

Telefon: (03 61) 377-26 04

E-Mail: wellsow@die-linke-thl.de

Pressestelle

Die Presse- und Öffentlichkeitsabteilung unserer Fraktion steht Journalistinnen und Journalisten Rede und Antwort, schreibt Pressemitteilungen, hält den Kontakt zu den Medien und organisiert Presesekunden, pflegt die Website der Fraktion und ihre Social-Media-Kanäle und kümmert sich gemeinsam mit der Geschäftsstelle um die gesamte Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion.

Diana Glöckner

PRESSESPRECHERIN

Telefon: (03 61) 377-22 93

E-Mail: gloeckner@die-linke-thl.de

Annette Rudolph

MITARBEITERIN DER PRESSESTELLE

Telefon: (03 61) 377-23 25

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Peter Lahn

WEBMASTER / ONLINEREFERENT

Telefon: (03 61) 377-23 29

E-Mail: lahn@die-linke-thl.de

Unsere wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Fraktion

Um die Abgeordneten und die Arbeitskreise zu beraten, um kontinuierlich an Fachthemen zu arbeiten oder um Veranstaltungen und Fachgespräche zu organisieren, verfügen die Fraktionen im Thüringer Landtag über einen Stab von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie sind oftmals auch bei Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zu den entsprechenden Fachthemen erste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner.

Dr. Regine Ahlert

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS 6/3

Telefon: (03 61) 377-2379

E-Mail: ahlert@die-linke-thl.de

Ricardo Amm

INNENPOLITIK

Telefon: (03 61) 377-26 45

E-Mail: amm@die-linke-thl.de

Thomas Bienert

INFRASTRUKTUR

Telefon: (03 61) 377-29 66

E-Mail: bienert@die-linke-thl.de

Dipl.-Juristin Cordula Eger

SOZIALES, GESUNDHEIT UND FAMILIE

Telefon: (03 61) 377-26 13

E-Mail: eger@die-linke-thl.de

Matthias Gärtner

KOMMUNAL- UND
VERWALTUNGSREFORMPOLITIK

Telefon: (03 61) 3 77-26 35

E-Mail: gaertner@die-linke-thl.de

Dr. Barbara Glaß

UMWELT, ENERGIE, NATURSCHUTZ

Telefon: (03 61) 3 77-26 16

E-Mail: glass@die-linke-thl.de

Dolores Hof

EUROPA-, KULTUR-, MEDIENPOLITIK

Telefon: (03 61) 3 77-23 84

E-Mail: hof@die-linke-thl.de

Dr. Steffen Kachel

BILDUNG, JUGEND UND SPORT

Telefon: (03 61) 3 77-26 14

E-Mail: kachel@die-linke-thl.de

Karsten Melang

PETITIONEN UND BÜRGERANLIEGEN

Telefon: (03 61) 3 77-26 11

E-Mail: melang@die-linke-thl.de

Jens Schley

JUSTIZ UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Telefon: (03 61) 3 77-22 70

E-Mail: schley@die-linke-thl.de

Andreas Schuster

HAUSHALT UND FINANZEN

Telefon: (03 61) 3 77-22 98

E-Mail: schuster@die-linke-thl.de

Evrin Sommer

ENQUETE-KOMMISSION »RASSISMUS«

Telefon: (03 61) 3 77-26 15

E-Mail: sommer@die-linke-thl.de

Steffen Trostorff

INNENPOLITIK

Telefon: (03 61) 3 77-26 39

E-Mail: trostorff@die-linke-thl.de

Thomas Völker

WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT
UND DIGITALE GESELLSCHAFT

Telefon: (03 61) 3 77-26 07

E-Mail: voelker@die-linke-thl.de

Marit Wagler

LANDESENTWICKLUNG,
LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Telefon: (03 61) 3 77-26 46

E-Mail: wagler@die-linke-thl.de

Immer auf dem Laufenden bleiben!

Mehr Informationen über die Arbeit des Thüringer Landtages und unsere Fraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport. Alle zwei Wochen erscheint der »Parlamentsreport« unserer Fraktion als gedruckte Beilage zur Thüringer Zweiwochenzeitung *UNZ – Unsere neue Zeitung* (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen sowie Veranstaltungen, Hintergrundinfos und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe sowie alle alten Ausgaben jederzeit auf unserer Internetseite nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Video-Livestream. Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Internetseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de/landtag/aktuelles/plenum/live-uebertragung/). Die Termine finden Sie auf der Internetseite des Landtages.

Landtagskurier. Der vom Thüringer Landtag herausgegebene »Landtagskurier« informiert monatlich über die Arbeit des Parlaments sowie aller Fraktionen im Landtag. Er kann per Post oder per E-Mail kostenfrei bezogen werden: Thüringer Landtag, Telefon: (03 61) 3 77-20 06, Fax: (03 61) 3 77-20 04, E-Mail: pressestelle@landtag.thueringen.de.

Im Internet. Alle aktuellen Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, den Kontakt zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion im Parlament, Links zu unseren Social-Media-Kanälen, Broschüren und Flugblätter sowie viele Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Web 2.0. Aktuelle Infos über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/LINKE.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/LinksfraktionTHL sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Impressum

HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Telefon: (03 61) 3 77-22 95, Fax: (03 61) 3 77-24 16, E-Mail: fraktion@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de // V. I. S. D. P.: Dirk Möller // REDAKTION: Markus Gleichmann, Paul Wellsow // LAYOUT: Uwe Adler, Weimar (www.facebook.com/gestaltunguweadler) // FOTOS: Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag, Peter Lahn, Annette Rudolph, René Kotzaneck, Paul Wellsow, Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, Matthias Eckert (www.matthiaseckert.net), TMIL (Jens Meyer; www.meyerphoto.de), TSK, TMBJS, TMASOFF

www.die-linke-thl.de

